

Protokoll:	Ausschuss für Klima und Umwelt des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	29
		TOP:	5
Verhandlung		Drucksache:	
		GZ:	
Sitzungstermin:	08.07.2022		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Pätzold		
Berichterstattung:	Herr Dr. Görres (AfU)		
Protokollführung:	Herr Haupt / pö		
Betreff:	"Ausstieg aus dem Erdgas jetzt forcieren" - Antrag Nr. 170/2022 vom 20.05.2022 (PULS) - mündlicher Bericht -		

Der im Betreff genannte Antrag ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Datei- anhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll ist sie in Papierform angehängt.

Dieser TOP wird gemeinsam mit TOP 4 (NNr. 28) behandelt. Die Aussprache wird unter diesem TOP wiedergegeben.

Herr Dr. Görres berichtet gemäß der angehängten Präsentation und geht auf die in den unter diesem TOP sowie TOP 4 vorliegenden drei Anträgen aufgeführten Fragen ein.

Die Hauptbotschaft bei den beiden Förderprogrammen sei der Ausstieg aus dem Gas, so BM Pätzold.

StR Rockenbach (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) zeigt sich mit der Beantwortung der Frage und mit dem Ausstieg aus Gas bei dem Förderpro- gramm zufrieden.

Er sei erfreut über den Ausstieg aus Gas als Ergebnis zahlreicher Diskussionen, so StR Ozasek (PULS). Die Problematik hätte sonst darin bestanden, wie die Kontrolle länger-

fristiger Biogasverträge hätte durchgeführt werden sollen. Zudem wäre ein bürokratischer Wahnsinn entstanden. Bedauerlicherweise würden die neuen Regelungen erst Mitte nächsten Jahres greifen. Er erkundigt sich, ab welchem konkreten Zeitpunkt die Regelungen gelten würden. Herr Pazerat (ASW) stellt klar, die Verwaltung wolle eine umfassende Änderung der beiden Förderprogramme im ersten Halbjahr 2023 durchführen. Eine kleinere Änderung im Ölaustauschprogramm (ÖAP) habe sein Referat zwar rasch durchführen wollen, allerdings müsse ebenso das Referat WFB mitzeichnen. Es dürfe nicht angehen, dass im Herbst das Förderprogramm funktioniere, jedoch keine Gelder ausbezahlt werden könnten. Eine entsprechende Vorlage mit einer kleineren Richtlinienänderung im ÖAP werde erstellt und könne im Herbst beschlossen werden.

StR Ozasek betont, das Qualifizierungsprogramm des Energieberatungszentrums (EBZ) für den Bereich von E-Wärmepumpen und alternativer Anlagentechnik sei sehr zu begrüßen. Hierbei müssten die Innungen eingebunden werden, und es werde ein neuer Stuttgart-Standard benötigt, welcher auf grüner Anlagentechnik aufbaue. Die Diskussion über die Beendigung der fossilen Geschäftsfelder der LBBW werde schon seit längerer Zeit geführt. Hier müsse die Stadt eine klare Stellung beziehen, was ebenso bei der EnBW in Bezug auf den Fuel Switch in den Kraftwerken entlang der Wärmeachse gelte. Bedauerlicherweise beauftrage die EnBW derzeit die Umrüstung auf Erdgas. Seiner Auffassung nach seien bereits entsprechende Verträge abgefasst worden. Es drohe ein Log-In-Effekt in Erdgas, sofern die grüne Wasserstoffagenda platze, womit angesichts der globalen Situation und der ungewissen Herkunft von Wasserstoff zu rechnen sei. Daher sei es positiv zu bewerten, Alternativen hinsichtlich tiefeingeothermischer Potenziale zu prüfen. Der Umbau zu einem Niedertemperaturnetz sei der entscheidende Punkt, um ein klimakompatibles Netz zu reichen.

StR Dr. Jantzer (SPD) betont, die Aussage von Herrn Dr. Görres, als Stadt nicht weiter auf Gas zu setzen und hierzu keine Förderung zu gewähren, sei eine sehr wichtige Botschaft. Dies konterkariere die Vorgehensweise der EnBW und der Landesregierung, die im Aufsichtsrat jegliche Genehmigung erteilt habe. Die EnBW habe aktuell Frackinggasverträge bis zum Jahr 2046 unterzeichnet, wobei die Landesregierung bereits bis zum Jahr 2040 die Klimaneutralität erreichen wolle. Die Stadt müsse dagegen ein völlig anderes Signal setzen. Das Thema Pellets beschäftige ihn sehr, da Holz ein begrenztes Gut darstelle und eher in der Bauindustrie oder für Möbel verwendet werden solle. Pelletheizungen stießen ebenso CO₂ aus, und es handle sich lediglich um einen Kreislauf. Auf seine Frage, ob Pellets eine langfristig geeignete Lösung darstellten, betont Herr Dr. Görres, kein Wald werde wegen der Pelleterzeugung abgeholzt. Vielmehr seien Pellets ein Abfallprodukt in der Holzproduktion, bei der der Holzstaub gepresst werde. Dies könne in jeder Schreinerei geschehen. Die Pelletverwendung werde der LHS keine heile Welt beschere, da der Markt begrenzt sei und nur für Einzellösungen diene.

Seine Fraktion sei mit der Beantwortung der Fragen ebenso zufrieden, so StR Boy (90/GRÜNE). Seiner Auffassung nach wolle die Verwaltung hinsichtlich des Zeitplans im Herbst dieses Jahres eine Vorlage unterbreiten, welche im ersten Halbjahr nächsten Jahres wirksam werde. Es solle rasch evaluiert werden, wie das ÖAP-Förderprogramm nachgefragt werde. Auch weiterhin habe es Priorität, Ölheizungen auszusondern.

StR Kotz (CDU) betont bezüglich der Ausführungen von StR Ozasek zum Qualifizierungsprogramm des EBZ, dieses Programm werde sehr stark nachgefragt. Das EBZ sei mit dem Thema Stuttgarter Standard und der Schnittmenge in andere Gewerke ein sehr überschaubarer Bereich, und vieles laufe über die Hersteller, Industrie und Handwerk.

Bei einigen Gebäuden könne das gewünschte Ziel nicht ausschließlich wärmepumpentechnologisch erreicht werden. Bei einem kalten Wintertag mit minus 10 Grad Celsius sei keine realistisch große Anlage für das gesamte Jahr vorstellbar. Hier könne ein Hybrid mit einem bereits vorhandenen Gasgerät in Kombination laufen. Er erkundigt sich, ob das neue Förderprogramm den Wärmepumpenanteil ausschließe, falls bei dem Hybrid noch ein Gasgerät vorhanden sei oder ob eine Förderung der Wärmepumpe möglich sei. Herr Dr. Görres betont, die Verwaltung werde einen Hybrid nicht ausschließen, aber den Gasteil nicht mehr fördern.

BM Pätzold stellt fest:

Der Ausschuss für Klima und Umwelt hat vom Bericht Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Haupt / pö

Verteiler:

- I. Referat SWU
zur Weiterbehandlung
Amt für Umweltschutz
Amt für Stadtplanung und Wohnen (5)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. S/OB
Strategische Planung
Klimaschutz
 3. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
Liegenschaftsamt (2)
SWS
SWSG
 4. Amt für Revision
 5. L/OB-K
 6. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. CDU-Fraktion
 3. *SPD-Fraktion*
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION*
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 5. *FDP-Fraktion*
 6. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 7. *Fraktion FW*
 8. *AfD-Fraktion*

kursiv = kein Papierversand